

Katrin Göring-Eckardt, MdB

Ohne engagierte Gesellschaft ist kein Staat zu machen

Jeder konnte es sehen, die Lage war chaotisch: Temperaturen nahe der 40 Grad, kein Wasser, übermüdete Gesichter, weinende Kinder – Hunderte Flüchtlinge, die im Sommer des vergangenen Jahres vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) auf die Bearbeitung ihrer Anträge und damit auf Nahrung, Obdach und ärztliche Versorgung warteten. Dazu Anwohner, die Wasserflaschen verteilten. Die Bilder waren im Fernsehen, in den Zeitungen und vor allem in den sozialen Medien, hier immer verbunden mit der Frage: Braucht ihr Hilfe? Was kann ich tun?

Wir erleben seit diesen Tagen ein wahrhaft beeindruckendes Engagement der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Menschen, die nach Deutschland geflohen sind. Die ungebrochene Welle der Hilfsbereitschaft geht durch die gesamte Bevölkerung und sie ist ansteckend. Menschen bauen Betten und Zelte auf, spielen Fußball mit syrischen Kindern, helfen bei der Essenausgabe, nehmen sogar Flüchtlinge bei sich zu Hause auf.

Das Engagement kam überraschend und unerwartet und es setzte dort an, wo wahrgenommen wurde, dass der Staat nicht mehr hinterher kommt, seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Denn die Bilder vom Sommer am Berliner LaGeSo zeigten nicht nur ungeahntes zivilgesellschaftliches Engagement, sie zeigten auch ein krasses Versagen der Verwaltung. Das ist Ehrenamt: manchmal unbequem, etablierte Abläufe störend, aber immer am konkreten Bedarf orientiert und weist damit auf Mängel im staatlichen Handeln hin. Die Hilfe am LaGeSo und in den vielen Aufnahmestätten fand in einem Grenzbereich zwischen gesellschaftlicher und staatlicher Verantwortung statt und vielfach wurde die Frage aufgeworfen: Was ist eigentlich Aufgabe der Gesellschaft und was Aufgabe des Staates? Gilt nicht das Prinzip, dass die Gesellschaft dem Menschen näher ist als der Staat und deshalb all das, was vor Ort getan werden kann, auch vor Ort geregelt werden sollte? Das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat ist nicht immer ganz spannungsfrei. Gerade auch meine Partei, wir Grünen, tragen diese Spannung in uns: Wir haben unsere Ursprünge in den zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bürgerbewegungen der 70er und 80er Jahre, die eigenverantwortliche Bürgergesellschaft und das Subsidiaritätsprinzip liegen uns sehr am Herzen. Gleichzeitig werden auch bei uns mitunter paternalistische, erzieherisch anmutende staatliche Regelungslösungen diskutiert, wenn wir von deren Richtigkeit oder Notwendigkeit überzeugt sind.

Wenn es nun um die anstehende Integration der hunderttausenden geflüchteten Menschen in unsere Gesellschaft geht, wie ist es da um die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Ge-

sellschaft bestellt? Engagement kann weder verordnet, noch erwartet werden. Es organisiert sich selbst und freiwillig. Es identifiziert Lücken im staatlichen oder behördlichen Handeln und zeigt, was getan werden muss, ohne dass es reguläre staatliche Angebote ersetzen könnte und wollte. In diesem Sinne ist die Rollenverteilung klar definiert: Der Staat schafft die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration. Dazu zählt schnelle Rechtssicherheit bezüglich des Aufenthaltsstatus, Integration in Arbeitsmarkt und (Weiter-) Bildungsangebote, die Versorgung mit Wohnraum und zügiger Familiennachzug. Aber eine Integration, die nur auf starre Rahmenbedingungen fokussiert, muss scheitern, denn sie überlässt die geflüchteten Menschen in einer für sie fremden Umgebung sich selbst. Sie lässt Fragen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, des Alltags, der Kultur unbeantwortet. Und sie führt zu Parallelgesellschaften und Integrationsverweigerung.

Echte Integration schließt die Bereiche ein, in denen der Staat nicht aktiv werden kann: die des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Gesellschaft ist mehr als nur nebeneinanderher leben. Es ist Miteinander, Austausch, Teilhabe und Teilnahme. Wir teilen gemeinsame Werte und Normen als Fundament unseres Zusammenlebens und verständigen uns über deren Übersetzung in den Alltag immer wieder neu. Gesellschaftliche Integration von geflüchteten Menschen bedeutet, dass wir aufeinander zugehen, miteinander diskutieren, einander zuhören und uns über unsere Werte und Normen austauschen. Dieser Prozess wird von den Bürgerinnen und Bürgern, von der Zivilgesellschaft getragen. Er findet täglich im Kleinen wie im Großen statt. Sein Kern ist das bürgerschaftliche Engagement der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer, die bei der Wohnungssuche und bei Ämtergängen helfen, Sprachkurse organisieren, interkulturelle Gemeinschaftsgärten bestellen. Dass es funktioniert, sehen wir jeden Tag. Und wir sehen es mit Freude bei denen, die selbst noch vor einigen Jahren oder Jahrzehnten als Geflüchtete oder „Gastarbeiter“, als Fremde, in unser Land kamen und heute als Einheimische ganz vorn bei der Hilfe dabei sind. Einheimisch oder fremd, geflüchtet oder mit Migrationshintergrund sind Labels, die wenig über den Menschen und dessen Beitrag zu unserer Gesellschaft aussagen.

Die Willkommenskultur der vergangenen Wochen und Monate war Soforthilfe. Was wir jetzt brauchen, ist eine langfristig ausgerichtete Willkommenstruktur, die einen klaren, verlässlichen Rahmen für Integrationsangebote setzt. Vor allem müssen wir die überall bestehende oder neu entstandene Engagementstruktur stärken und verstetigen. Staat und Gesellschaft agieren Hand in Hand: Wir brauchen Integrationscenter in den Kreisen und Kommunen, die kommunale Koordinationsstellen für bürgerschaftliches Engagement unterstützen und im Bereich der Integration als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft fungieren. Sie dienen als Anlaufstellen, in denen Integrationslotsen gemeinsam mit den Menschen vor Ort Integrationsangebote gestalten und koordinieren; geflüchtete Menschen, Initiativen, Wohlfahrtsverbände und Unternehmen zusammenbringen und beraten. Statt Engagement vor Ort durch staatliche Angebote zu erdrücken, werden Anreize für die Angebote einer lebendigen Zivilgesellschaft gesetzt.

Aber damit ist es nicht getan. Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, worauf es ankommt, wenn Staat und Zivilgesellschaft zusammen erfolgreich Integration gestalten wollen. Ich will hier auf einige Punkte hinweisen, die mir am Herzen liegen.

Die Soforthilfe in den Kommunen klappte nicht immer ohne Komplikationen. Immer wieder berichteten Helferinnen und Helfer, dass ihr Engagement auf Unverständnis, gar auf Ablehnung bei Behörden und Verwaltung stieß. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht immer perfekt und manchmal unbequem, stört etablierte Abläufe oder missachtet Hierarchien, aber es ist notwendig. Der gegenseitige Respekt für die Arbeit der anderen gebietet Kommunikation auf Augenhöhe. Dafür können regelmäßige Dialoge und eine gemeinsame Planung der Zusammenarbeit helfen.

Engagement kostet vielen Helferinnen und Helfern nicht nur Zeit, sondern oft auch Geld. Meist sind es nur kleine Beträge, für den Bus oder für den Eintritt in die Schwimmhalle. Aber die Anerkennung sollte sich nicht an der Größe des Aufwandes messen. Wir brauchen Programme, in deren Rahmen sich Engagierte ihre Auslagen unkompliziert erstatten lassen können. Engagement darf nicht am Geldbeutel scheitern. Auch das ist Anerkennung und Respekt für die geleistete Arbeit.

Geld spielt auch an anderer Stelle eine wichtige Rolle: Aus vielen spontanen Initiativen entstehen längerfristige Projekte, die über kurz oder lang ohne Förderung nicht überleben können. Noch immer frisst der bürokratische Aufwand zur Sicherung der Finanzierung zu viel Zeit, die dem eigentlichen Anliegen verloren geht. Ganz zu schweigen von der fehlenden Übersicht über die Förderungsdschungel – das demotiviert und frustriert. Langfristige, verlässliche und unbürokratische Förderungsstrukturen müssen her. Auch hier können Integrationscenter wertvolle Unterstützung leisten, denn in ihnen sollen auf kommunaler Ebene unter einem Dach Geld, Kompetenzen, Know-how und Engagement vereint werden.

Um die Weihnachtszeit wurde viel spekuliert, dass die Helferinnen und Helfer müde und ausgebrannt seien und viele von ihnen nach den Feiertagen ihre ehrenamtliche Arbeit nicht fortsetzen würden. Zum Glück hat sich das nicht bewahrheitet, die Hilfe ist noch immer groß und großartig. Aber es ist auch klar: Helferinnen und Helfer brauchen Unterstützung, damit Engagement nicht zur Überforderung wird. Gerade die Arbeit mit geflüchteten Menschen ist oft hoch emotional und von belastenden Einzelschicksalen geprägt. Freiwilliges Engagement braucht professionelle Begleitung, Weiterbildung und Supervision, für die passenden Angebote müssen Politik und Verwaltung sorgen und einen niedrighschwelligem Zugang ermöglichen. Die Anerkennung von Fortbildungen für das Engagement als Bildungsurlaub, kann die Helfenden darüber hinaus zeitlich entlasten.

Ein letzter Punkt liegt mir ganz besonders am Herzen. Es kann, es darf einfach nicht sein, dass sich Menschen, die sich mit ihrem freiwilligen Engagement um unsere Gesellschaft verdient machen, verstärkt zur Zielscheibe von rechten, rassistischen Hetzern werden und sie sich Beleidigung, psychischem Druck oder gar körperlichen Angriffen ausgesetzt sehen. Wir müssen als Zivilgesellschaft hier aufstehen, die rote Karte heben und deutlich machen: So

nicht! Wir brauchen eine Demokratieoffensive, in der Zivilgesellschaft, Behörden und Staat, Unternehmen und Verbände gemeinsam über unser Verständnis einer pluralistischen, offenen Gesellschaft diskutieren und diese gegen Angriffe verteidigen. Vor allem aber muss der Staat seine Aufgabe, zivilgesellschaftliches Engagement zu schützen, ernst nehmen. Es dürfen keine Angst-Räume entstehen, weil sich der Staat aus der Kultur-, Jugend- und Verbandsarbeit zurückzieht. Zivilgesellschaftliche Arbeit zur Förderung von Demokratie und gegen Rassismus, Faschismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit darf nicht kriminalisiert werden, sondern muss als Daueraufgabe verstetigt und institutionalisiert werden.

Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten wieder eins sehr deutlich gesehen: Ohne engagierte Gesellschaft ist kein guter Staat zu machen. Zivilgesellschaftliches Engagement im Kleinen wie im Großen macht unser Land offen, freundlich und lebenswert. Aber es braucht den Schutz, die Förderung und die Anerkennung durch den Staat. Und da sind dann wir, die Politik, gefragt.

Autorin

Katrin Göring-Eckardt ist Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Kontakt: katrin.goering-eckardt@bundestag.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin

Tel: 030 629 80-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de